

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/3274 –

Post-COVID-19-Strategie zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit und Erholung Afrikas durch verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent weiterhin unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden würden; diese würden aktuell noch durch den Ukraine-Konflikt verschärft. Die Lockdowns und Ausgangssperren hätten die Menschen in ihrem wirtschaftlichen Handeln gelähmt; das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei laut Weltbank (WB) um 1,8 % gesunken. Das Bildungssystem in Afrika sei, nach Auffassung der Antragsteller, ebenfalls schwer von den Maßnahmen getroffen worden. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Schulschließungen müssten viele Kinder und Jugendliche wieder arbeiten.

Die Menschen würden außerdem unter zunehmendem Hunger leiden. Laut UNICEF hätten aktuell 811 Millionen Menschen zu wenig zu essen, was eine Steigerung des Vorjahreswertes um bis zu 161 Millionen Menschen bedeute. Nach Auffassung der Antragsteller habe es die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in der Vergangenheit versäumt, die Partnerländer durch eine forcierte Stärkung ihrer wirtschaftlichen Leistung krisenresilienter zu machen. Stattdessen hätte sie die afrikanischen Partnerländer immer weiter in Abhängigkeiten getrieben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3274 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellv. Vorsitzender

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Nicolas Zippelius
Berichterstatter

Katrin Uhlig
Berichterstatterin

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Nicolas Zippelius, Katrin Uhlig, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/3274** in seiner 51. Sitzung am 8. September 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, einen wirtschaftlich orientierten Austausch zwischen Deutschland und den afrikanischen Staaten sowie der Afrikanischen Union (AU) voranzubringen. Dieser solle in Übereinstimmung mit panafrikanischen Dynamiken der afrikanischen Gesellschaften, Kulturen und Volkswirtschaften aufgebaut werden.

Insbesondere soll die Bundesregierung bei dieser endogenen Transformation der afrikanischen Volkswirtschaften darauf achten, dass die deutsche Wirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt erschließen könne.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, die Schaffung der panafrikanischen Freihandelszone zu unterstützen. Bei der Infrastruktur- und Energiestrategie der AU müsse die deutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit zukünftig mit deutscher Technologie, Engineering und Beratungsleistungen behilflich sein. Die Rohstoffstrategie und der damit verbundene Industrialisierungsplan könnten mit deutschen Technologien und Know-how mitgestaltet werden.

Schließlich fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, sämtliche nachrangigen Projekte der EZ zu beenden und keine neuen mehr aufzulegen; die Nothilfe in Katastrophenfällen solle weiterhin gewährleistet bleiben. Die Maßnahmen und Projekte einer ausschließlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollten zukünftig im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verbleiben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3274 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3274 in seiner 50. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 24. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass der afrikanische Kontinent sich selbständig ernähren könnte. Im Tschad gebe es aber 70 % Nachernteverluste, und die Fraktion der AfD frage sich, warum man dort entwicklungspolitisch keine Genossenschaften unterstütze. Wieso unterstütze man in Mozambik, das sehr viel Mais habe, keine Maismühlen. Es wäre keineswegs postkolonial, wenn deutsche Unternehmen dorthin die besten Maschinen liefern

würden, mit denen die Menschen vor Ort dann „ordentliche Produkte“ produzieren könnten. Es müsse das Interesse eines Industriestaates sein, die eigenen Produkte zu vermarkten und neue Absatzmärkte zu erschließen. Solange man lediglich „schöne Projekte“ mache, bringe das den deutschen Industriestandort nicht weiter. Die COVID-19-Pandemie habe gezeigt, dass der afrikanische Kontinent nicht krisenfest sei. Man müsse bedenken, dass Migration nicht nur nach Europa stattfinde, sondern auch die Binnenmigration sei ein großes afrikanisches Problem, denn diese löse zusätzlich Fragilität aus.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, sie werde den Antrag ablehnen, denn dieser beschränke sich ausschließlich auf die wirtschaftliche Kooperation. Es gehe jedoch um eine breitere Aufstellung, denn Entwicklung finde eben nicht eindimensional statt. Die EZ beschäftige sich mit Nachhaltigkeit, Bildung, Jugend, Frauen, Menschenrechte, Digitalisierung usw., und diese Themen würden sich in der Afrika-Strategie des BMZ wiederfinden. Das alles komme in dem Antrag nicht vor, und das sei nicht akzeptabel. Auch die geforderte Beendigung der Kooperationen wäre fatal. Man richte sich bei der eigenen Arbeit nach den Wünschen der Partnerländer, und mit Regierungsverhandlungen und langjähriger Erfahrung sei das die Richtung, um Kooperation und Partnerschaftlichkeit voranzubringen. Man komme auf Augenhöhe zusammen, und indem man die EZ breit aufstelle, werde man auch Effekte erzielen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** räumt ein, dass in dem Antrag stehe, dass Wirtschaftswachstum in Afrika geschaffen, eine eigene wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, die Potentiale der Wirtschaft genutzt und die Länder Afrikas krisenfest aufgestellt werden sollten. Man prangere die Lockdowns und die Ausgangssperren zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 an, und dann werde auf gestörte Lieferketten verwiesen; das Ganze vermische man noch mit der Nahrungsmittelkrise und dem russischen Angriffskrieg. Hier seien wieder einmal Begrifflichkeiten und Themenbereiche zusammengepackt worden, um daraus irgendwie einen Antrag „zu zimmern“. Dadurch komme es zu offensichtlichen Widersprüchen. Die Fraktion der AfD verweise auf Länder wie China und Vietnam, deren Entwicklung das Ergebnis des festen Willens der dortigen Regierungen sei. Bei derartigen Aussagen werde offensichtlich Chinas Politik der Lockdowns, Ausgangssperren, Null-COVID-Politik etc. negiert, und so widerspreche man sich selbst. In dem Antrag lese man darüber hinaus einen gewissen Hang zu autoritären Systemen heraus. Deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ab. Man hätte einen eigenen Antrag eingebracht, der eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bedeutung der Privatwirtschaft hervorhebe. Es gehe darum, eine nachhaltige und erfolgreiche EZ mit den entsprechenden Finanzmitteln zu untermauern, und das wolle man weiter verfolgen, denn hier gebe es eine Leerstelle in der entwicklungspolitischen Schwerpunktsetzung der Ampelregierung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich den vorherigen Ausführungen zum Antrag an, denn hier werde versucht, mit unterkomplexen Lösungsansätzen eine hochkomplexe Gemengelage aufzuzeigen. Während der Corona-Pandemie hätte es eine mangelnde Solidarität mit den Partnern in Afrika gegeben, und das müsse man in Zukunft besser planen und durchdenken. Viele Forderungen in dem Antrag, wie Austauschformate mit afrikanischen Staaten, der AU oder der afrikanischen Wirtschaft sowie die Unterstützung der afrikanischen Freihandelszone, existierten bereits oder seien in Planung. In dem Antrag der AfD kämen Themen, wie Klima- und Biodiversitätsschutz, Gleichberechtigung oder Menschenrechte, als Ansätze der EZ nicht vor, und das zeige sehr deutlich, dass hier ein grundsätzlich anderer Fokus gesetzt werde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass es dem Antragsteller nicht um eine Kooperation auf Augenhöhe gehe; stattdessen setze die Fraktion der AfD sich ausschließlich für die deutsche Wirtschaft ein, womit neue Abhängigkeiten geschaffen würden. Im Übrigen sei die Wortwahl völlig diffus. Was seien beispielsweise „panafrikanische Dynamiken“, wenn es um 54 völlig unterschiedliche Staaten gehe. Außerdem sei Afrika keineswegs, wie in der Antragsbegründung ausgeführt, grundsätzlich fragil. Es gebe fragile Staaten, aber es gebe auch viele Beispiele für erfolgreiche eigene Initiativen, Start-ups und regionale Kooperationen, wie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag ab.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Nicolas Zippelius
Berichterstatter

Katrin Uhlig
Berichterstatterin

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt